

Antragsteller: SPD Kreisverband Main-Spessart

Empfänger: SPD Landtagsfraktion, Landesparteitag Bayern SPD

1 **Finanzielle Stärkung für kommunale Haushalte notwendig!**

2 Der Bedeutung gleichwertiger Lebensverhältnisse für den sozialen Frieden in unse-
3 rem Land trägt die Verfassung des Freistaates Bayern im Artikel 3 damit Rechnung,
4 dass diese im Absatz 2 Verfassungsrang erhalten haben.
5 Vor allem das Handeln auf kommunaler Ebene beeinflusst das tägliche Leben der
6 Menschen maßgeblich. Uns erfüllt es mit Sorge, dass immer mehr Städte und Gemein-
7 den bei ihrer Haushaltsaufstellung an Grenzen geraten - auch in unserer Region. Je
8 weiter Kommunen von den Metropolen und ihren „Speckgürteln“ entfernt liegen, desto
9 größer werden die Herausforderungen. Vor allem im Bereich des ÖPNV, der Gesund-
10 heitsversorgung oder auch beim Erhalt von Freizeitangeboten tun sich Lücken auf.
11 Insbesondere die Weiterführung von sogenannten „Freiwilligen Aufgaben“ wird zuneh-
12 mend schwierig. Der Betrieb eines Freibads oder einer Bücherei, Unterstützung für
13 Vereine oder die Pflege von Erholungseinrichtungen für die Bevölkerung müssen
14 zwangsläufig in der Priorität nach hinten rutschen. Auf die Lebensqualität hat dies gra-
15 vierende Auswirkungen.

16 Für eine funktionierende Ortsgemeinschaft sind aber genau diese Angebote von ent-
17 scheidender Bedeutung. Mit großer Sorge blicken wir auf Regionen Deutschlands, wo
18 das Verschwinden solcher Angebote das Erstarken von populistischen Parteien befeu-
19 ert hat und dadurch inzwischen demokratische Strukturen extrem unter Druck geraten.

20 Für viele Kommunen und Landkreise sind schon Pflichtaufgaben der infrastrukturellen,
21 sozialen und schulischen Bereiche kaum zu bewältigende finanzielle Herausforderun-
22 gen. Dass die Überprüfung von kommunalen Haushalten durch Landkreis- und Be-
23 zirksbehörden inzwischen regelmäßig mit Warnhinweisen versehen werden, obwohl
24 die Haushalte sich auf die dringend notwendigen Leistungen beschränken, ist ein deut-
25 liches Zeichen dafür, dass die Kommunen längst an der Grenze der finanziellen Lei-
26 stungsfähigkeit angekommen sind oder diese überschritten haben.

27 Die Folgen kommen direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern an. Notwendige Sanie-
28 rungsarbeiten an Schulgebäuden oder Kindertageseinrichtungen werden geschoben,
29 die Sanierung von Schwimmbädern ist kaum zu stemmen, die Aufrechterhaltung von
30 Schulsozialarbeit ist nur noch schwer zu finanzieren, Schadensbehebung an kommu-
31 naler Infrastruktur (wie Ortsstraßen) wird auf das Nötigste beschränkt. Auch dies trägt
32 zur steigenden Unzufriedenheit vieler Bürgerinnen und Bürger bei.

33 Dem müssen wir - auch in Bayern - entschieden begegnen und die Kommunen finan-
34 ziell so aufstellen, dass die notwendigen Maßnahmen gestemmt werden können. Wir
35 dürfen nicht untätig zusehen, wie andere Regionen destabilisiert werden, weswegen
36 wir die Notwendigkeit anerkennen, dass die Altschuldenproblematik bundesweit gelöst
37 werden muss. Vor allem, da es auch in Bayern bald Kommunen geben könnte, die ihre
38 Aufgabenerfüllung nur noch mit Kassenkrediten sicherstellen können.

39 Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, daher gilt unsere
40 Solidarität den betroffenen Kommunen.

41 Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, den bayerischen Kommunen in struk-
42 turschwachen Regionen noch stärker zu helfen sowie vermeintliche Entlastungsmaß-
43 nahmen für die Bürger – wie etwa der Entfall der Straßenausbaubeiträge – zukünftig
44 ohne Abstriche gegenzufinanzieren.

45 Antrag:

46 Die bayerische Staatsregierung soll aufgefordert werden:

- 47 • In den kommenden Jahren die direkten Zuweisungen an die bayerischen Kom-
48 munen über die Schlüsselzuweisung deutlich zu erhöhen, um die Abhängigkeit
49 von Fördertöpfen zu verringern und den Kommunen eigene Gestaltungsspiel-
50 räume zu erhalten.
- 51 • Den Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbunds von 12,75 Prozent
52 schrittweise auf 15 Prozent zu erhöhen.
- 53 • Da Maßnahmen in der Trinkwasserversorgung und Brauchwasserentsorgung
54 meist über viele Jahre geplant werden, ist in diesem Bereich eine langfristige
55 Planbarkeit für Kommunen unabdingbar. Daher sollten die Zuwendungen über
56 die RZWas verstetigt werden.
- 57 • Die Ablehnung der bundesweiten Altschuldenhilfe für Kommunen zu begründen
58 und die konkreten Auswirkungen für bayerische Kommunen zu erläutern.